

RUNDSCHREIBEN 1965/3

Zum 55. Bibliothekartag

hatten sich etwa 600 Teilnehmer in den Mauern der alten, traditionsreichen Stadt Nürnberg versammelt. Von der Atmosphäre des Mittelalters, die diese Stadt bis in unser Jahrhundert hinein bewahrt hatte, ist freilich heute nichts mehr zu spüren nach den schweren Zerstörungen des Krieges. Fast unvermittelt und daher besonders stark beeindruckt, trifft man in den modern-nüchternen Straßen auf wenige gerettete und mit großen Opfern wiederhergestellte Zeugen der Vergangenheit, vor allem die mächtigen Kirchen voll kostbarster Kunstwerke.

Unsere Tagung stand diesmal unter dem Motto „Neue Universitäten“. In einem temperamentvollen Vortrag zeichnete Professor von Pölnitz, von dem geistesgeschichtlichen Hintergrund früherer Universitätsgründungen ausgehend, das Bild der im Aufbau begriffenen Universität Regensburg, deren Gründungsrektor er ist. Nach dem Willen der Planer soll sie in lebendigem Austausch mit der Stadt stehen, nicht etwa — was auch denkbar wäre — außerhalb der Stadt ein Eigenleben führen, und sie soll allen geistigen Einflüssen offen sein. Die Rolle, die der Bibliothek in dieser neuen Universität zugedacht ist, erläuterte ergänzend Dr. Pauer. Charakteristisch wird für sie sein, daß alle Anschaffungen, auch diejenigen für die Institutsbibliotheken, koordiniert werden und ein zentraler Katalog angelegt werden wird.

Über die neue Universitätsbibliothek Bochum referierte Dr. Pflug, der dort bekanntlich die Möglichkeiten elektronischer Datenverarbeitung für den Bibliotheksbetrieb ausprobiert und ganz neue Organisationsformen dafür voraussagt; die Umrisse der neuen Universitätsbibliothek Bremen konnten von Dr. Kluth zunächst nur andeutend skizziert werden. Der Bericht über die neue Universitätsbibliothek Konstanz mußte leider ausfallen. Das zentrale Thema des Freitags war das Referat von Bibliotheks-Oberinspektor Lais über den gegenwärtigen Stand der Beratungen der neuen Katalogisierungsregeln. Er setzte sich auch mit den Anregungen und Einwänden auseinander, die der Kommission schriftlich zugegangen waren. Aus diesen und aus der anschließenden Diskussion war zu entnehmen, daß diese Fragen auf großes Interesse, aber vorläufig auch noch auf große Skepsis stoßen, und während einem Teil der Kollegen die Notwendigkeit neuer Regeln in keiner Weise bewußt ist, arbeiten andere bereits an Plänen für eine Umstellung ihrer Kataloge.

Der Donnerstagvormittag stand, wie gewohnt, im Zeichen der Mitglieder-Versammlungen. Die Vorsitzende des Vereins der Diplombibliothekare ging in ihrem Jahresbericht besonders auf die Probleme der Ausbildung ein, die nach wie vor Gegenstand der Diskussion sind. Veranlaßt durch das bunte Bild der verschiedenen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der Länder und der Lehrpläne der Bibliotheksschulen, durch die nicht zu behobende Uneinigkeit aller mit der Ausbildung befaßten Stel-

len, entschloß sich der Vorstand unseres Vereins, einen eignen Rahmen-Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorzulegen als Beispiel, wie der gehobene Dienst selber sich die Sache denkt. Dieser Entwurf wurde im November fertig und den Vorsitzenden der Vereine vorgelegt sowie dem Vorsitzenden der „Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung von Vorschlägen zur einheitlichen Ausgestaltung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Laufbahnen des höheren und des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken“. Diese Arbeitsgruppe war vom Hochschulausschuß der Kultusminister-Konferenz eingesetzt, bestand aus Vertretern der Kulturabteilungen verschiedener Länder und je einem Vertreter des gehobenen und des höheren Dienstes und tagte Anfang Dezember in Hannover. Unser Verein war darin vertreten durch unseren langjährigen Experten für Ausbildungsfragen, Herrn Kayser-Hamburg. Die Empfehlungen an den Hochschulausschuß, die die Arbeitsgruppe ausarbeitete, enthalten im wesentlichen folgendes: Zur Ausbildung zugelassen werden nur Bewerber, die das Reifezeugnis besitzen; in Ausnahmefällen kann davon abgesehen werden, wenn der Bewerber Mittelschulbildung und eine abgeschlossene Ausbildung im Buchhandel besitzt. Es wird die Kenntnis von 3 Fremdsprachen verlangt, davon in der Regel Englisch und Latein. Über die Dauer der Ausbildung — ob 2 oder 3 Jahre — konnte keine Einigkeit erzielt werden. Inzwischen hat der Hochschulausschuß getagt und konnte sich ebenfalls nicht darüber einigen; Ende April haben die Kultusminister beraten — das Ergebnis ist im einzelnen noch nicht bekannt.

Nun muß zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden; in der Zwischenzeit will sich der Verein Gedanken machen über das Berufsbild des Diplombibliothekars, d. h. es soll untersucht werden: welche Kenntnisse und Fähigkeiten erwarten wir eigentlich von uns, welche Aufgaben wollen und können wir bewältigen, wie ist die Abgrenzung zum höheren und zum mittleren Dienst? Mit diesen Fragen wird sich die neu gegründete Kommission für Ausbildungsfragen des VdDB befassen. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern aller Länder (Baden-Württemberg: Kaller, Bayern: Gleixner, Berlin: Kohler, Bremen: Deminatus, Hamburg: Randel, Hessen: Tiedemann, Niedersachsen: Hakemeyer, Nordrhein-Westfalen: Rechmann, Rheinland-Pfalz: Schuchmann, Saarland: Wagner, Schleswig-Holstein: Lüders, Bund: Schneider) und soll den Vorstand bei der Vertretung der Interessen unseres Berufsstandes beraten und unterstützen.

In der entsprechenden Kommission des VDB ist unser Verein weiterhin vertreten durch Herrn Kayser und neuerdings auch durch Herrn Randel, Herr Kayser ist außerdem Mitglied des neu gegründeten Bibliographischen Kuratoriums. In der Einband-Kommission vertreten unseren Verein Herr Helwig und Herr Lüders, in der Leihverkehrs-Kommission ist Herr Frank,

und in der Kommission für alphabetische Katalogisierung wirken mit Herr Lais und Herr Kutscha. Erwähnt werden muß auch die sehr rührige Bibliothekarische Auslandsstelle, in der uns Frau Hamann vertritt.

Der Bibliothekarischen Auslandsstelle verdankte der Verein im vergangenen Jahr einen Zuschuß des Auswärtigen Amtes für die Reisen zur IFLA-Tagung in Rom, so daß drei Vertreter entsandt werden konnten: die Vorsitzende, Herr Kaller als Beirats-Mitglied und Frau Hamann. In diesem Jahr wird die IFLA-Tagung in Helsinki sein, und es werden unseren Verein vertreten der Stellvertretende Vorsitzende Herr Schröder, ferner Herr Kayser und Fräulein Elze.

Auf der Tagung der Volksbibliothekare, die im Juni in Bielefeld stattfand, hat Herr Tovar-Münster den VdDB vertreten.

Nach dem Jahresbericht der Vorsitzenden verlas Herr Kaller seinen Bericht über die Zusammenarbeit des VdDB mit dem Deutschen Beamtenkartell. (Er ist nachfolgend abgedruckt.) Anschließend gab Herr Lumm, der Vertreter des Deutschen Beamtenkartells, einen Überblick über den augenblicklichen Stand des Beamtenbesoldungsgesetzes. Vor allem sprach er über die sogenannte Vorschaltnovelle, die als Provisorium bis zur großen Besoldungsreform gelten soll. Die Besoldungsreform strahlt auch auf das Tarifrecht der Angestellten aus. Herr Lumm schloß mit der Forderung, daß die Fragen des Beamtentums und des Berufsbildes neu durchdacht werden müssen und daß der Begriff des Beamtentums mit seinem Recht in unsere Zeit hineingestellt werden müsse.

Zum Schluß der Mitglieder-Versammlung wurden verschiedene Fragen aus dem Kreis der Mitglieder diskutiert. Insbesondere wurde darüber geklagt, daß oft für den gehobenen Dienst keine Dienstreisen, ja nicht einmal Dienstbefreiung für die Teilnahme am Bibliothekartag genehmigt, daß in manchen Fällen Kollegen, die nicht dem Verein angehören, zur Tagung entsandt würden. Der Vorstand will über diese Tatsachen Unterlagen sammeln und beim Vorstand des VDB vorstellig werden.

Zu berichten ist schließlich noch von Vorträgen über die örtlichen Bibliotheken und Führungen, insbesondere durch das reichhaltige Germanische Nationalmuseum. Einen festlichen Abschluß von ganz besonderem Reiz bildete ein Konzert auf historischen Instrumenten der Barock- und Biedermeierzeit im kleinen Saal der elegant-modernen Meistersingerhalle.

Der nächste Bibliothekartag wird in Hannover stattfinden.

Bericht des Delegierten beim Deutschen Beamtenkartell vor der Mitgliederversammlung des Vereins der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken e. V. am 10. Juni 1965 in Nürnberg.

Als ständiger Vertreter unseres Vereins beim DBK habe ich Ihnen — wie alljährlich — einen Bericht über die Zusammenarbeit unseres Vereins mit dem DBK für das Geschäftsjahr 1964/65 zu erstatten. In diesem Zeitraum fanden folgende Sitzungen des Bundesvorstandes des DBK statt: am 26. Juni 1964 in Bad Godesberg, wobei mich Herr Kollege Schröder freundlicherweise vertreten hat, dann am 23. Oktober 1964 in Bad Honnef und am 23. Januar 1965 in Mainz, an denen ich selbst teilgenommen habe, ebenso wie an einer Sitzung des Erweiterten Bundesvorstandes am 23. April 1965 in Göttingen und an einer wichtigen Sitzung des Landeskartells Baden-Württemberg am 20. November 1964 in Stuttgart, die der Vorbereitung einer Anhörsitzung beim Finanzminister von Baden-Württemberg diente. Für diese Anhörsitzung hat das DBK, das u. a. Herrn ORR Lumm als Verhandlungspartner entsandt hatte, sich unsere Vorschläge bereitwilligst zu eigen gemacht und unsere speziellen Interessen mit besonderem Nachdruck mündlich und

schriftlich vertreten; ging es doch dabei um den Entwurf eines 6. Besoldungsänderungsgesetzes in Baden-Württemberg, das in diesen Wochen verabschiedet werden soll und in dem sich das Land Baden-Württemberg erneut als Schrittmacher für eine verständnisvolle und wirksame Verbesserung der Beamtenbesoldung erweisen will. In der Erkenntnis, daß die gleichartigen Beamtenkategorien des gehobenen Dienstes nicht hoffnungslos hinter der stark verbesserten Lehrbesoldung zurückbleiben dürfen, — bekanntlich werden die Lehrer jetzt sofort nach A 11, also nach der Amtmannsstufe besoldet, — sieht dieser Entwurf eine erhebliche Verbesserung der Stellenschlüssel vor, ebenso einen neuen Schnitt der Ortszuschlags-tabelle, der in etwa den Vorschlägen des DBK entspricht.

Sie mögen nun vielleicht denken, was nutzt uns das, wenn es nur für Baden-Württemberg gelten soll? Es hat sich aber wiederholt erwiesen, daß die fortschrittlichen Errungenschaften des einen Bundeslandes zwangsläufig entsprechende Verbesserungen auch in den übrigen Ländern, und nach manchem Tauziehen schließlich auch beim Bund, zur Folge hatten, was schon allein aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit, bzw. zur Vermeidung gegenseitiger Abwerbungen qualifizierter Kräfte unvermeidlich ist.

Insofern ist es auch zu begrüßen, daß das Land Rheinland-Pfalz in seiner neuen Laufbahnverordnung vom 2. Oktober 1964 die Beamten im Archiv- und Bibliotheksdienst aller Sparten insgesamt in die Gruppe der „Besonderen Fachrichtungen“ eingereiht hat, wobei unsere dortigen Kollegen, insbesondere Herr Schuchmann, bei der Beratung des Landeskartells und durch eigene schriftliche und mündliche Vorstöße verdienstvoll mitgewirkt haben.

Damit ist erstmals in einem Bundesland die strikte Verkopplung unseres Dienstes mit dem der allgemeinen Verwaltung durchbrochen worden. Diese Trennung muß auch in den übrigen Ländern und beim Bund unbedingt angestrebt werden. Nur so ist es auf längere Sicht möglich, unserem Dienst überall eine Ausbildung eigener Prägung zugrunde zu legen und vielleicht auch eine eigene besoldungsmäßige Einstufung zu erwirken, die der der Lehrereinstufung naheliegen müßte.

Ich darf es mir versagen, Ihnen einen eingehenden Bericht über die Sitzungen des Bundesvorstandes des DBK zu geben, da die hierbei behandelten Themen im wesentlichen ganz allgemeiner beamten- und besoldungsrechtlicher Natur sind und unseren Dienst daher nur mittelbar berühren. Über diese allgemeinen Fragen wird Sie außerdem nachher der Vertreter des DBK informieren. Daß jedoch bei allen einschlägigen Beratungen und Beschlüssen des DBK unsere speziellen Belange mit berücksichtigt werden, ist selbstverständlich; es ist die wesentlichste Aufgabe des ständigen Delegierten beim DBK, dem es bei dieser Gelegenheit erneut ein Bedürfnis ist, den Herren des Bundesvorstandes und der Geschäftsführung des DBK, und hier insbesondere Herrn ORR Lumm, im Namen unseres Vereins aufrichtig zu danken für die jederzeitige entgegenkommende und verständnisvolle Bereitschaft, unseren Wünschen gerecht zu werden.

So hat sich das DBK auch auf Grund eines Antrages der Beirätin von Nordrhein-Westfalen im Laufe des Jahres 1964 intensiv um eine Klärung der damals noch umstrittenen Frage der unterschiedlichen Gewährung von Hausarbeitstagen für Beamtinnen und Angestellte bei Bund und Ländern bemüht. Der in jüngster Zeit endlich auch beim Bund eingeführte freie Samstag, den alle Länder längst schon haben, hat diese Bemühungen allerdings gegenstandslos gemacht, da mit der Einführung dieser neuen Regelung endgültig auch die bis dahin noch vereinzelt gewährten Hausarbeitstage entfallen werden.

Die im Laufe des Jahres 1964 in allen Ländern sowie auch beim Bund gewährte 8%ige Besoldungserhöhung, ebenso wie zahl-

reiche Verbesserungen, z. B. bei den Reisekosten-, Beihilfe- und anderen Bestimmungen oder die Einführung der 44-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst, ebenso wie die Weihnachten 1964 gewährte Gehalts-Sonderzuwendung von 33 1/3%, sind Gegenstände intensiver Mitwirkung der Spitzenorganisationen, d. h. also auch des DBK, gewesen. Es darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß ohne die zwingend begründeten Forderungen dieser Berufsvertretungen manche Verbesserungen gar nicht oder zum mindesten stark verringert zustande gekommen wären, denn alle Regierungsvorlagen gehen zumeist von einem Minimum aus, das in mühevoller, zähem Ringen dann erst zu wirksamen Größenordnungen heraufgehandelt werden muß. Es würde zu weit führen und Sie ermüden, wenn ich alle Vorgänge, die diesen Arbeitssektor berühren, im einzelnen anführen wollte.

Erwähnt sei noch, daß im „11. Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 26. Mai 1964“ endlich auch wieder in die Verg.-Gr. VIb eingeführt wurden: „Angestellte in Büchereien in Tätigkeiten, die gründliche und vielseitige Fachkenntnisse im Bibliotheksdienst und in nicht unerheblichem Umfang selbständige Leistungen erfordern.“ Wir begrüßen diese neugeschaffene Möglichkeit, Bibliothekshelfer zur Entlastung unseres gehobenen Dienstes nach BAT VIb einstuft zu können. Auf der gleichen Ebene liegt die in Baden-Württemberg unter Mitwirkung des DBK zustandegekommene Schaffung eines beamteten mittleren Bibliotheksdienstes, den bisher nur Bayern hatte. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung dazu ist fertiggestellt und wird in Kürze erlassen werden. Auch hier werden die anderen Länder folgen müssen. Die Tendenz geht dabei eindeutig dahin, unseren Dienst von Routinearbeiten zu entlasten und für echte bibliothekarische Aufgaben freizumachen, was unseren eigenen Bemühungen um Aufwertung und leistungsgerechte finanzielle Bewertung unserer Berufsarbeit entgegenkommt. Der Verein ist in Zusammenarbeit mit dem DBK nach wie vor darum bemüht, auch für unsere Angestellten die Verg.-Gr. IV a BAT zu erschließen.

Mit herzlichem Dank an alle Kollegen, die meine Arbeit durch ihre Mitarbeit unterstützt haben und mit der erneuten Bitte an die Beiräte und Gruppenleiter, mich künftig über einschlägige Vorgänge in ihren Ländern bzw. Städten laufend zu unterrichten, verbinde ich abschließend die Versicherung, daß ich auch weiterhin nach besten Kräften um die Vertretung unserer Belange beim DBK bemüht sein werde.

H. Kaller

Frau Angeline Reinhardt

begeht am 9. September in Hamburg (13, Hansastr. 23) ihren 70. Geburtstag. Wie wohl allen Mitgliedern bekannt ist, war sie es, die unseren Verein nach dem Kriege wieder ins Leben rief und ihn acht Jahre lang leitete. Für alles, was sie in diesen Jahren für unseren Berufsstand geleistet hat, für all ihre Initiative, Energie, Umsicht und nicht zuletzt manches persönliche Opfer, können wir ihr nicht genug danken. Indem wir ihr den Ehrevorsitz unseres Vereins antrugen, haben wir versucht, das wenigstens symbolisch zum Ausdruck zu bringen. An ihrem Geburtstag denken wir mit den herzlichsten Wünschen an sie.

Mitglieder

Anfang nächsten Jahres soll ein Nachtrag zum Mitglieder-Verzeichnis erscheinen. Wir bitten uns alle inzwischen eingetretenen Änderungen (bis 31. Dezember 1965) rechtzeitig mitzuteilen, außerdem eventuelle Ergänzungen. Letzteres betrifft vor allem den bibliographischen Anhang, denn es hat sich

herausgestellt, daß verschiedene Mitglieder es seinerzeit versäumt haben, uns die Titel ihrer Veröffentlichungen anzugeben.

Um Unterlagen für eventuelle Verhandlungen zu gewinnen, bitten wir alle betroffenen Mitglieder, uns mitzuteilen:

1. an welchen Bibliotheken werden dem gehobenen Dienst keine Dienstreisen zum Bibliothekartag genehmigt?
2. an welchen Bibliotheken wird denen, die auf eigene Kosten zur Tagung fahren, keine Dienstbefreiung gewährt?
3. an welchen Bibliotheken bekommen Kollegen, die nicht dem Verein angehören, Dienstreisen oder Dienstbefreiung für den Bibliothekartag?

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Ingeborg Bratfisch, Stadtbibliothek, Trier
Gisela Dommann, Bibl. der Freien Universität, Berlin
Heidi Eickhoff, Stadt- u. Universitäts-Bibl., Frankfurt
Anneliese Fuchs, Stadtbibliothek, Lübeck
Gisela Krause, Universitätsbibliothek, Tübingen
Karin Krause, Inst. f. Intern. u. Ausl. Recht, Berlin
Gerhard Kretschmann, Goethe-Institut, Teheran/Iran
Christel Kuch, Universitätsbibliothek, Heidelberg
Walter Lipp, Staatl. Provinzialbibliothek, Amberg
Gebhard Lohmann, Bibl. Bundesmin. f. Wohnungswesen, Bad Godesberg
Sabine Lortzing, Nieders. Staats- u. Univ.-Bibl., Göttingen
Doris Mathauer, Universitätsbibliothek, Freiburg
Dorothea Mönch, Stiftung Preuß. Kulturbes., Staats-Bibl., Marburg
Vera Mühl, Bibl. d. Techn. Hochschule, Stuttgart
Judith Müller, Internat. Jugendbibliothek, München
Heide Ott, Bad. Landesbibl., Karlsruhe
Reingard Rühle, Staatsbibliothek, Bremen
Regine von Raupach, Bibl. Niedersächs. Sozialministerium, Hannover
Ingrid Schweitzer, Staats- u. Univers.-Bibl., Hamburg
Chriemhilt Sobottka, Bibl. Hess. Rundfunk, Frankfurt
Margot Stitz, Universitätsbibliothek, Gießen
Christiane Stribrny, Inst. f. Berufs-, Wirtsch.- u. Sozialpäd., Köln
Gerhard Uffelmann, Stadt- u. Univers.-Bibl., Frankfurt
Walter Vordran, Univers.-Bibl. Erlangen, Abt. Wirtsch.- u. Soz.-wissensch., Nürnberg
Evelin Woldt, Staatsbibl., Stiftung Preuß. Kulturbes., Berlin

(Abgeschlossen: 30. Juni 1965)

Von folgenden Mitgliedern sind die derzeitige Anschrift und Dienststelle unbekannt:

Uta Hofer, zuletzt München
Valeska Quecke, zuletzt Marburg

Zum Schluß noch eine Erinnerung an die Beiratsmitglieder: bitte so bald wie möglich dem Vorstand die Wahlausschüsse für die Beiratswahlen mitteilen.

Eva Tiedemann